

## V-90 Erdgas- und Erdölförderung am Rande des Weltnaturerbe Wattenmeer stoppen

Gremium: Landesvorstand Bündnis 90/Die Grünen Niedersachsen  
Beschlussdatum: 02.10.2024  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

1 Die Schönheit und Einzigartigkeit des Wattenmeers, ein Tourismusmagnet und  
2 UNESCO Weltnaturerbe, stehen auf dem Spiel. Dieses fragile Ökosystem mit seiner  
3 faszinierenden Unterwasserwelt, beeindruckenden Salzwiesen und Dünenlandschaften  
4 sowie Millionen von Vögeln, die hier ihren Rastplatz haben, darf nicht für  
5 wirtschaftliche Interessen eines niederländischen Konzerns riskiert werden. Der  
6 Schutz des Wattenmeers, der Inseln, Flora und Fauna und der Menschen muss für  
7 uns Priorität haben – wir dürfen nicht zulassen, dass die geplante  
8 Erdgasförderung vor Borkum Deutschlands größtes Naturerbe gefährdet.

9 Im Jahr 2022 wurde aufgrund des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands  
10 gegen die Ukraine eine mögliche Gasknappheit befürchtet. Doch Dank umfassender  
11 und zügiger Maßnahmen auf Bundes- und Landesebene durch uns Grüne, insbesondere  
12 durch den Ausbau Erneuerbarer Energien, konnte diese Gefahr abgewendet und die  
13 Menschen in diesem Land warm und sicher durch den Winter gebracht werden. Auch  
14 2024 sind die Speicher voll. Niedersachsen, das 2023 erstmalig seinen  
15 Strombedarf rechnerisch zu über 100 % aus erneuerbaren Energien gedeckt hat und  
16 für ganz Deutschland eine Schlüsselrolle bei der Energiewende spielt, zeigt uns,  
17 dass der Weg in die Zukunft grün ist und nicht weiter von fossilen Brennstoffen  
18 abhängen darf. Die geplante Erdgasförderung, die maximal 1 % des aktuellen  
19 deutschen Bedarfs decken würde, steht in keinem Verhältnis zu den potentiellen  
20 Schäden. Allein durch die Verbrennung des geförderten Gases würden gemäß der  
21 Genehmigung von 18 Jahren Förderzeitraum bis zu 26 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>  
22 freigesetzt – das entspricht den jährlichen Emissionen des gesamten Bundeslandes  
23 Rheinland-Pfalz.

24 Die UNESCO erklärt in ihrem Wattenmeer-Zustandsbericht die geplante Gasförderung  
25 als unvereinbar mit dem Status des Weltnaturerbes. Der Schutz dieses  
26 empfindlichen Ökosystems darf nicht der kurzfristigen Rohstoffgewinnung geopfert  
27 werden. Die einzigartigen Lebensräume, die 2022 dem Bundesumweltministerium als  
28 Flora-Fauna-Habitat FFH 2022 zur Aufnahme gemeldet wurden, sowie aktuell neu  
29 entdeckte Steinriffe vor Borkum mit ihren Hummern, Krebsen und Korallen, der  
30 Lebensraum auf den ostfriesischen Inseln, sind durch das Vorhaben der Firma ONE-  
31 Dyas unmittelbar bedroht. Die Störungen reichen direkt in die Gebiete hinein und  
32 gefährden somit zum Beispiel Schweinswale, Robben und Seehunde. Dieses  
33 Erdgasfeld ist erst der Anfang des von ONE-Dyas großräumig geplanten  
34 Förderprojekt mit weiteren Bohrplattformen und Gasfeldern, teilweise direkt  
35 unter deutschen Naturschutzgebieten, die dieses derzeit so biodivers geschütztes  
36 Gebiet industrialisieren würde.

37 Die Inseln Borkum, Schiermonnikog und Juist sowie zahlreiche Umweltverbände aus  
38 den Niederlanden und Deutschland haben bereits erfolgreich gegen den Bau der  
39 Bohrplattform und der dafür notwendigen Infrastruktur geklagt und vor Gericht  
40 einen vorläufigen Baustopp erreicht. Das Gericht betonte ausdrücklich den Schutz

41 wertvoller Riffe entlang der Kabeltrasse und das wirtschaftliche Interessen  
42 eines fossilen Konzerns, den Natur- und Klimaschutz nicht überwiegen. Dies zeigt  
43 deutlich den breiten Widerstand und das Bewusstsein in der Region, dass die  
44 Erdgasförderung einen unverantwortlichen Eingriff in die Natur und das Klima  
45 darstellt. Bündnis 90/Die Grünen steht fest an der Seite der Klimabewegung, der  
46 Natur- und Umweltverbände, der Insulaner\*innen und der Inseln Borkum,  
47 Schiermonnikog und Juist.

48 Wenn wir unseren Anspruch als Klimaschutzpartei und die Glaubwürdigkeit der  
49 deutschen Energiepolitik verteidigen wollen, dürfen wir Borkum nicht zulassen.  
50 Die geplante Förderung steht im krassen Widerspruch zu den Klimazielen, die wir  
51 uns gesetzt haben, und gefährdet die Einhaltung des Pariser Klimaabkommens.  
52 Weltweit war es ein Erfolg von Außenministerin Annalena Baerbock,  
53 Klimaschutzminister Robert Habeck und Umweltministerin Steffi Lemke, dass sich  
54 die 28. Weltklimakonferenz in Dubai endlich für die Abkehr von fossilen Energien  
55 ausgesprochen hat. Die Erschließung neuer Öl-, Gas- und Kohlevorkommen ist mit  
56 dem Weltklimaabkommen unvereinbar.

57 Auf Bundesebene wurde im Koalitionsvertrag vereinbart, dass keine neuen  
58 Genehmigungen für Öl- und Gasbohrungen in der Nord- und Ostsee erteilt werden  
59 sollen. Die Modernisierung des Bergrechts ist bereits angestoßen, um die  
60 heimische Rohstoffgewinnung ökologisch neu zu ordnen und endlich auch Klimaziele  
61 in Genehmigungen zu berücksichtigen. Wir fordern die Bundesregierung auf, dies  
62 zügig umzusetzen, damit keine neuen Genehmigungen für fossile Förderprojekte  
63 mehr erteilt werden.

64 Die Verhandlungen über ein sogenanntes Unitarisierungsabkommen zwischen  
65 Deutschland und den Niederlanden, das die rechtliche Grundlage für die geplante  
66 Erdgasförderung schaffen soll, laufen seit 2022. Dieses Abkommen darf vom  
67 Deutschen Bundestag aus Klimaschutz- und Umweltgründen und zum Schutz des  
68 UNESCO-Welterbes Wattenmeer nicht ratifiziert werden. Wir appellieren an die  
69 grüne Bundestagsfraktion und an unsere Minister\*innen, sich entschieden für  
70 Klima und Naturschutz und gegen diese unnötige Förderung einzusetzen.  
71 Klimaschutz und der Schutz unseres Naturerbes müssen über den Interessen eines  
72 niederländischen Unternehmens stehen. In dieser Sache stehen wir Seite an Seite  
73 mit GroenLinks, unserer Schwesterpartei in den Niederlande.

74 Wir fordern:

- 75 · Jegliche Erdgas- und Erdölförderprojekte innerhalb und außerhalb des
- 76 Weltnaturerbes Wattenmeer sofort zu stoppen
- 77 · Den UNESCO Weltnaturerbe-Status des Wattenmeers konsequent zu schützen und
- 78 gefährdende Eingriffe zu verhindern.
- 79 · Die grünen Minister\*innen in der Bundesregierung und die Grüne
- 80 Bundestagsfraktion dürfen nicht das Unitarisierungsabkommen zwischen Deutschland
- 81 und den Niederlanden unterstützen.
- 82 · Die Umsetzung eines ökologisch-modernen Bergrechts, das den Schutz von Klima
- 83 und Natur ins Zentrum stellt und Neugenehmigungen fossiler Förderungen
- 84 ausschließt

85 Der Schutz unseres einzigartigen Erbes muss Vorrang haben – denn es gibt keinen  
86 zweiten Ort wie das Wattenmeer.